

# Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode

Drucksache 15/5004

04. 03. 2005

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 28. Februar 2005  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### 11. Abgeordnete Petra Pau (fraktionslos)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Forderungen der afrikanischen Staats- und Regierungschefs vom 30. Januar 2005 zu unterstützen und es zu ermöglichen, dass sich die Regierung und die Opposition der Republik Côte d'Ivoire auf die Suche nach einem demokratischen Neubeginn – ohne Einmischung von außen und nach Interessenausgleich in Achtung vor der Verfassung des Landes – machen können?

### Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Scharioth vom 4. März 2005

Die Bundesregierung hat sich seit Ausbruch der Krise in der Republik Côte d'Ivoire für die Umsetzung der in den Abkommen von Linas-Marcoussis vom 24. und 26. Januar 2003 und von Accra vom 30. Juli 2004 (so genanntes Accra-III-Abkommen) enthaltenen Forderungen eingesetzt. Sie ist der Auffassung, dass nur eine vollständige Umsetzung dieser Abkommen zu einem echten Neubeginn in der Republik Côte d'Ivoire auf der Grundlage einer dauerhaften Versöhnung der jetzigen Bürgerkriegsparteien führen kann.

Diese Position hat die Bundesregierung sowohl durch zahlreiche bilaterale Gespräche mit Staatspräsident Laurent Gbagbo und anderen ivoirischen Entscheidungsträgern als auch im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) und der Europäischen Union (EU) deutlich gemacht.

In Abidjan trägt Deutschland als derzeitige lokale EU-Präsidentschaft und als Ex-officio-Mitglied im Monitoring-Komitee des Abkommens von Linas-Marcoussis besondere Verantwortung. In den Vereinten Nationen hat Deutschland insbesondere während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bei Diskussionen zur Lage in der Republik Côte d'Ivoire besonderes Profil gezeigt. Die Übernahme des Vorsitzes im Côte-d'Ivoire-Sanktionsausschuss am Ende der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist ein deutliches Zeichen dieses Engagements.

Im Bewusstsein, dass der innerivorische Konflikt am erfolgversprechendsten durch ein Engagement der Afrikaner selbst gelöst werden kann, unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich die Konfliktlösungsbemühungen der Afrikanischen Union und in diesem Kontext insbesondere die Vermittlungsmission des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki.

Darüber hinaus trägt die Bundesregierung mit einem substanziellen finanziellen Beitrag zur Stationierung der Friedenstruppen der Vereinten Nationen in der Republik Côte d'Ivoire bei.